

## **SPD Bezirk Braunschweig**

### **Beschlussvorschlag für den Bezirksvorstand zur geplanten Diätenerhöhung für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages**

Der Bezirksvorstand des SPD Bezirks Braunschweig lehnt die von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagene erneute, außerplanmäßige Erhöhung der Diäten für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ab.

Er fordert die Bundestagsabgeordneten aus dem Bezirk Braunschweig auf, der geplanten Erhöhung nicht zuzustimmen und sich stattdessen in der SPD Bundestagsfraktion dafür einzusetzen, dass es zu einer grundsätzlichen Reform der Abgeordnetenentschädigung nach dem Vorbild der sozialdemokratischen Diätenreform in Nordrhein-Westfalen kommt:

- Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung bei gleichzeitiger Abschaffung aller Pensionsansprüche
- Eigenversicherung der Abgeordneten für ihre Altersversorgung.

Anstatt jetzt im Eiltempo eine eigentlich nicht vorgesehene Diätenerhöhung vorzunehmen, hält es der Bezirksvorstand für richtig und seit langem überfällig, dass die Abgeordneten zukünftig selbst für ihre Altersversorgung verantwortlich sind und durch eigene Altersvorsorge ihre Rente bzw. Pension sichern.

#### **Begründung:**

Die für die Jahre 2008 bis 2010 zu erwartenden Tarifierhöhungen für Bundesbeamte sind bereits durch die im November 2007 beschlossene stufenweise Diätenerhöhung abgegolten.

Abgeordnete treffen politische Entscheidungen, die den Lebensalltag vieler Menschen in Deutschland betreffen und sie sind häufig aufgrund der zu Recht herausgehobenen Stellung des Abgeordnetenmandates davon nicht selbst betroffen. Bereits die Möglichkeit die gesetzliche Krankenversicherung zu verlassen ist schwer mit den Forderungen der SPD nach einer allgemeinen Bürgerversicherung zu vereinbaren. Zu Wiedererlangung von mehr Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik gehört auch, sich stärker als in Vergangenheit und Gegenwart den Konsequenzen eigener politischer Entscheidungen z.B. im Krankenversicherungs- und Rentenrecht auszusetzen.

Ebenso wichtig ist es für die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in Parlamenten, sich über die Wirkung ihrer Entscheidungen über ihr eigenes Einkommen auf unsere Wählerschaft und Mitgliedschaft im klaren zu sein: Nach einem halben Jahr eine weitere Diätenerhöhung vorzuschlagen, ist angesichts notwendiger Einsparungen im Bundeshaushalt ( z.B. : Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, mehrfache Nullrunden bei Rentnern) und dem erklärten Willen, in wenigen Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, in der Bevölkerung nicht vermittelbar. Dies zeigen auch vermehrte Parteiaustritte und alle Meinungsumfragen aber auch zahlreiche mündliche und schriftliche Meinungsäußerungen von Bürgerinnen und Bürgern.